

LAGERGEMEINSCHAFT AUSCHWITZ – FREUNDESKREIS DER AUSCHWITZER E.V.



Vorsitzender: Uwe Hartwig – Usinger Straße 7 – 61239 Ober Mörlen – 06002-938033 – uwe.fv.hartwig@web.de
- Korrespondenz bitte an diese Anschrift -

Hessisches Ministerium
des Innern und für Sport
Postfach 31 67
65021 Wiesbaden

Aussage des Polizeisprechers in Friedberg zu Ermittlungen wg. Bedrohung durch Rechtsextremisten

Sehr geehrter Herr Staatsminister Rhein,

dem Artikel in der Wetterauer Zeitung von heute

[http://www.wetterauer-zeitung.de/Home/Kreis/Staedte-und-Gemeinden/Echzell/Artikel,-
Bombendrohung-gegen-Antifa-BI-Vorsitzenden- arid,325724_regid,3_puid,1_pageid,78.html](http://www.wetterauer-zeitung.de/Home/Kreis/Staedte-und-Gemeinden/Echzell/Artikel,-Bombendrohung-gegen-Antifa-BI-Vorsitzenden- arid,325724_regid,3_puid,1_pageid,78.html)

entnehme ich den Satz: „Die Polizei ermittelt gegen Unbekannt, prüft aber auch, ob der Wortlaut überhaupt eine Bedrohung darstellt, sagte Sprecher Jörg Reinemer.“

Dass die Polizei bei eingehenden Anzeigen prüft, ob tatsächlich ein Straftatbestand vorliegt, ist wohl Alltagsgeschäft. Wenn diese Vorgehensweise aber ausdrücklich gegenüber der Presse erwähnt wird, horcht man auf. So wie der Satz singulär steht, vermittelt er den Eindruck, dass die Friedberger Polizei sich der Bedrohung, die von den Wetterauer Rechtsextremisten schon lange ausgeht, nicht sicher ist.

Im Internet war der Satz zu lesen, der Sprecher einer antifaschistischen Initiative möge sich nicht wundern, wenn er mit seinem Auto in die Luft flöge, weil ein wenig zu viel Sprengstoff unter seinem Auto deponiert wurde.

Das Muster einer solchen Formulierung ist bekannt: man kündigt das beschriebene Ereignis nicht an, man fordert auch nicht dazu auf. Nicht selten findet sich jedoch prompt ein Brandstifter und der Biedermann ist fein raus.

Nach zehn faschistisch motivierten Morden in der Bundesrepublik und nach schon lange bekannten Einschüchterungen von Aktivisten gegen Rechtsextremismus in der Wetterau ist die Mitteilung des Polizeisprechers eine Katastrophe und man fragt sich nach der Wahrnehmung der Beamtinnen und Beamten.

Möglicherweise sollten die parlamentarischen Ausschüsse zu den Nazi-Morden auch die Wetterauer Polizei sich zum Thema machen. Die Tendenz zur politischen Einäugigkeit scheint vorzuliegen.

Vielleicht reicht aber auch eine gezielte Fortbildung über das Gewaltpotential der Neonazis und Rechtsextremisten.

Auf alle Fälle sollte die fürsorgliche Aufsicht greifen.

Für eine Information über Ihre Einschätzung des Vorganges würde ich mich freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Hartwig
Vorsitzender Lagergemeinschaft Auschwitz